Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtrag- 30 Pfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Annehmer zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 2gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen

Nr. 290. — 83. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Freitag, 11. Dezember 1924

Englands neue Außenpolitik.

Mit einer Selbstverständlichkeit, die Bewunderung hervorrufen könnte, hat sich in England bei der Debatte über die Thronrede auch die Opposition bedingungslos hinter das außenpolitische Programm der neuen konservativen Regierung gestellt. Gewiß haben Macdonald ebenso wie Lloyd George in diesem Programm ein paar Schönheitsfehler entdeckt. Aber im großen ganzen ist man mit dem einverstanden, was die Thronrede Baldwins, des Ministerpräsidenten, als die Linien in der englischen Außenpolitik darlegte. Und diese Linien besitzen eine merkwürdige Ähnlichkeit mit denen, die vor einem Jahre der sozialistische Ministerpräsident, Macdonald zog, und würden zweifellos auch mit jenen Lloyd Georges übereinstimmen, wenn dieser in den Wahlen einen Sieg errungen hätte. Wenn Lloyd George jetzt den Völkerbund zu einem Schiedsspruch in der ägyptischen Frage veranlassen möchte, so nimmt das im ganzen Parlament kein Mensch ernst und die Liberale Partei denkt gar nicht daran, gerade in dieser Frage der konservativen Regierung ein Bein zu stellen. Es ist eben in Kairo ein Engländer erschossen worden und für jede, auch die rigoroseste Maßnahme als Antwort darauf hat jede englische Regierung immer die Masse hinter sich.

Übrigens ist nicht minder wichtig, daß die konservative Regierung erklärte, sie würde die mit Rußland unterzeichneten Verträge dem Parlament zur Ratifikation nicht vorlegen. Das führt in den Kern gleichzeitig der englischen Innenpolitik hinein, die sich gegenüber dem Sozialismus, noch mehr natürlich dem Kommunismus, als in einer Kampfstellung befindlich betrachtet. Nicht umsonst hat Macdonald bei der Debatte über die Thronrede die Fortsetzung der Untersuchung über die Echtheit des Sinowjew-Briefes gefordert; aber ob die konservative Regierung das tun wird, das ist zweifelhaft. Der Brief oder das Märchen von ihm hat seine Schuldigkeit getan und damit genug. Und es wird den Konservativen sehr gleichgültig sein, daß die Arbeiterpartei ein formelles Mißtrauensvotum gegen die Außenpolitik des Kabinetts Baldwin einbringen könnte unter besonderem Hinweis auf seine russische Politik.

Das dritte bedeutende Problem ist die Stellung der neuen konservativen Regierung zum Völkerbund. Zunächst einmal hat man durchgesetzt, daß man sich in Genf um die ägyptische Frage nicht kümmern wird. Also kann England die Völkerbundangelegenheit weiter mitmachen, nachdem die Drohung, aus dem Spiel auszuscheiden, wenn das ägyptische Volk in Genf Gehör finden sollte, seinen Zweck erreicht hat. Nun tagt ja der Völkerbund zurzeit in Rom; der englische Außenminister Austen Chamberlain ist wegen dieser Sitzung nach Rom gefahren, und da der Völkerbund grundsätzlich auf irgendeinen Wunsch Englands oder Frankreichs einschwenkt, kann es höchstens noch bei politisch harmlosen Gemütern irgendwelches Staunen hervorrufen, daß der Völkerbundrat sofort dem Ersuchen Chamberlains nachgab, die Besprechung des so mühsam hergestellten Genfer Protokolls über das obligatorische Schiedsgerichtsverfahren bzw. das Eingreifen des Völkerbundes bei Streitigkeiten zwischen verschiedenen Staaten bis auf den März zu vertagen. Das ist eine Vertagung auf den St. Nimmermehrstag. England hatte ja auch schon erklärt, daß es gar nicht daran denke, die in Genf ausgeklügelten Bestimmungen jenes Protokolls zu ratifizieren, und die Thronrede enthält lediglich die Mitteilung, daß man mit dem Studium dieses Protokolls bereits begonnen habe, aber kein Wort darüber, wie man sich dazu stelle. Chamberlain hat in Rom ausgeführt, daß die britische Regierung nicht etwa das Protokoll nun ablehnen wolle, vielmehr müsse sie es bei seiner großen politischen Tragweite eingehend prüfen. Briand, der französische Vertreter, verfehlte nicht, über diese Erklärung einen breiten Strahl öliger Redensarten zu gießen, wie außerordentlich die französische Regierung entzückt sei über die englische Stellungnahme usw. usw., — es lohnt nicht, über diese Lustbewegung auch nur ein Wort zu verlieren. Frankreich war so entzückt, daß es die Beratung des Protokolls sogar bis zum Herbst verschieben wollte.

Man hat wichtigere Dinge zu tun. Die ägyptische Frage macht manche schlummernden Wünsche in Frankreich wieder lebendig, daß vielleicht doch noch einmal am Nil die französische Flagge auftauchen soll, wie sie 1899 bei der Marchand-Expedition zum Nil geführt worden ist, aber unter den Drohungen Kitcheners eingezogen werden mußte. Das Abkommen zwischen Frankreich und England aus dem Jahre 1904 hat zwar die Abgrenzung der Interessensphären ausdrücklich dahin getroffen, daß Frankreich in Marokko, England in Ägypten vollständig freie Hand haben sollten.

Aber so ganz sind die Träume eines Napoleon, den es nach Ägypten hinübergetrieben hat, in Frankreich doch noch nicht ausgeträumt, und man beunruhigt sich darüber etwas in England. Darum die immer wiederkehrende Betonung aus englischem Munde, daß man vor allem größtes Gewicht auf die Erhaltung der Freundschaft mit Frankreich lege. Und bei diesem Spiel hat Frankreich wieder einmal die Vorhand.

Der Rücktritt der Reichsregierung beschlossen.

Die Frage der Kabinettsbildung.

Berlin, 10. Dezember.

Wie die Allgemeine Parlamentarische Korrespondenz hört, beabsichtigt der Reichsaußenminister Dr. Stresemann in der heutigen Kabinettssitzung den Antrag auf Demission der Regierung am 3. Januar zu stellen.

Die Kabinettssitzung ist für heute abend anberaumt, jedoch ist noch nicht ganz sicher, ob in ihr die Entscheidung fallen wird. Reichskanzler Marx ist heute nach Berlin zurückgekehrt. An der Sitzung nehmen alle Reichsminister teil mit Ausnahme des Reichsfinanzministers Dr. Luther, der wegen des Todes seiner Gattin noch in Urlaub ist.

Die Auseinandersetzungen der Parteipresse drehen sich fast ausschließlich um die Fragen der Regierungsbildung. Wird der Bürger- oder Rechtsblock, Deutschnationale, Volkspartei und Zentrum, kommen? Oder die Große Koalition, Volkspartei, Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten? Die weitere Andeutung von einem Linksblock, Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten, wird besonders deshalb nicht ernst genommen, weil eine solche Zusammensetzung weniger als die Hälfte der Reichstagsmitglieder in sich vereinigte, also keine tragfähige Mehrheit abgeben würde. Die Erhaltung des jetzigen Kabinetts der Mittelparteien, Volkspartei, Zentrum und Demokraten, war schon eine Minderheitsregierung. Daß dies zur Reichtagsauflösung führte, wird kaum in Betracht gezogen. Unkontrollierbare Gerüchte sprechen schon von Dr. Stresemann als zukünftigem Reichskanzler, Hergt als preußischem Ministerpräsidenten, einem Zentrumsabgeordneten als Kultusminister. Jedoch ist auf derartige Vorausahnungen nicht viel zu geben. Selbstverständlich wird die Entwicklung im Reiche ihre Wirkungen auch auf Preußen erstrecken.

Haltung der Parteien.

Berlin, 10. Dezember.

Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei trat heute zu einer Beratung zusammen. Er beriet über die Neubildung der Reichsregierung. Die Verhandlungen werden als vertraulich bezeichnet. Ein Lokalabendblatt weiß zu melden, nach Informationen aus volksparteilichen Kreisen sei sicher damit zu rechnen, daß der Parteivorstand, und zwar voraussichtlich einmütig, die Auffassung bestätigen wird, daß der einzig mögliche Weg für die Neubildung der Reichsregierung in der Richtung auf einen Block der bürgerlichen Parteien, also in der Richtung einer Rechtsregierung, zu suchen ist.

Und die Deutschnationale Parteikorrespondenz schreibt in hervorragendem Druck über die Stellung der Deutschnationalen: „Die Deutschnationale Volkspartei in der Opposition muß und wird ihre Macht einsetzen zur endlichen Erzwingung der gerade nach demokratischem Prinzip durch die Wahl des 7. Dezember erneut als ihr zustehend attestierten Machtposition."

Der Verlauf der gestrigen Kabinettssitzung.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes"

Berlin, 11. Dezember. Ueber die gestern von 5 Uhr nachmittags bis kurz vor 9 Uhr abends dauernde Kabinettssitzung wurde folgende amtliche Erklärung abgegeben: Das Reichskabinett beriet heute über die durch den Ausfall der Wahlen geschaffene Lage. Nach eingehender Aussprache beschloß es den alsbaldigen Rücktritt. Ueber den Zeitpunkt des Rücktritts wird sich der Reichskanzler mit dem Reichspräsidenten in Verbindung setzen.

Berlin, 11. Dezember. Die „D. A. Z." berichtet über die gestrige Kabinettssitzung wie folgt: Der Kanzler berichtete eingehend über den Ausgang der Wahlen und die durch sie geschaffene Verschiebung der Parteistärken. In der anschließenden Aussprache ließ der Reichsaußenminister Dr. Stresemann deutlich zum Ausdruck kommen, daß die Deutsche Volkspartei nur für einen Rechtsblock zu haben sein wird. Die Sitzung dauerte von 5 Uhr nachmittags bis gegen 9 Uhr abends. Einem Mitarbeiter der „D. A. Z." ließ Reichsminister Dr. Jarres keinen Zweifel darüber, daß er keinem neuen Kabinett beitreten werde. Ob Minister Dr. Hamm eine mneuen Kabinett mit eventueller Beteiligung der Demokraten oder als Fachminister sich zur Verfügung stellen wird, kann noch nicht als feststehend bezeichnet werden. Es ist ungewöhnlich, daß der Termin des Rücktritts erst durch eine Konferenz zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler festgesetzt werden soll, zumal der Rücktrittsbeschluß einmütig gefaßt wurde. Auf jeden Fall bedeutet der Rücktrittsbeschluß eine Klärung der politischen Lage. Es ist zu hoffen, daß die Bildung einer großen staatsbürgerlichen Regierung der Volksparteien nunmehr reibungslos vonstatten geht.

Der Volksparteiliche Beschluß.

Berlin, 11. Dezember. Das „Berliner Tageblatt" meldet über die gestrige Sitzung des Vorstandes der Deutschen Volkspartei folgendes: Der Vorstand der Deutschen Volkspartei trat gestern vormittag zu einer Sitzung zusammen, die sich bis in die späten Abendstunden hinein ausdehnte. Wie schon vorher nicht mehr zweifelhaft war, ging die Ansicht des Parteivorstandes einmütig dahin, die kommenden Regierungsverhandlungen nur auf der Basis des Bürgerblocks zu führen. An der Sitzung nahm auch Reichsaußenminister Dr. Stresemann teil, der dafür eintrat, auf der Grundlage früherer Beschlüsse zu verharren, eine rein bürgerliche Regierung anzustreben und sich an der Regierungsbildung im Reiche und in Preußen zu beteiligen.

Dr. Marx erneut Reichskanzler?

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes"

Berlin, 11. Dezember. Die Frage, wer die Kanzlerschaft im neuen Kabinett übernehmen wird, läßt sich zurzeit noch nicht mit Bestimmtheit beantworten. Man kann aber mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit annehmen, daß der Reichspräsident zunächst den jetzigen Reichskanzler Dr. Marx mit der Kabinettsbildung beauftragen wird.

Pariser Angaben zur Räumung der Kölner Zone.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Paris, 11. Dezember. Die französischen Pressevertreter in Rom berichten über aufsehenerregende Angaben Chamberlains in der Frage der Räumung Kölns. Nach dem Berichterstatter des Petit Parisien erklärte Chamberlain, daß Großbritannien laut seiner mit Herriot am letzten Sonnabend getroffenen Verabredung die Besetzung Kölns vorläufig verlängern werde, bis der Völkerbund in der Lage sei, die Ausübung der Abrüstungskontrolle im unbesetzten Deutschland wie auch in der entmilitarisierten Zone zu übernehmen. Auch nach der Räumung Kölns werde Großbritannien weiter im Rheinlande bleiben. Die Frage der Räumung werde restlos erst in einer erneuten Unterredung mit Herriot geklärt werden, die Chamberlain auf seiner Rückreise nach London in Paris mit dem französischen Ministerpräsidenten haben werde. Der Korrespondent des Petit Journal meldet, daß Briand den Völkerbundsrat dazu bewog, die Modalitäten der Abrüstungskontrolle für die Kölner Zone zur Sprache zu bringen. In den maßgebenden Kreisen sei man übereinstimmend der Auffassung, daß diese Frage nicht im März, sondern erst in der Junisitzung des Rates endgültig geregelt werden könne. Die Besetzung Kölns werde also bis zu diesem Zeitpunkt verlängert werden.

Das Hemmnis der Luftfahrtsbeschränkung

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Berlin, 11. Dezember. Wie die Telunion erfährt, hat die französische Wirtschaftsdelegation bei den Verhandlungen in Paris den Wunsch ausgesprochen, auch schwebende Luftverkehrsfragen in die Abmachungen einzubeziehen. Dem steht jedoch der Grundsatz der Meistbegünstigung in den mit anderen Ländern abgeschlossenen Verträgen entgegen, vor allem aber die Tatsache, daß die Beschränkungen des deutschen Luftzeugbaues immer noch nicht aufgehoben sind.

Nansen über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.

Kopenhagen, 11. Dezember. Ueber die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund erklärte Nansen einem Vertreter der Tit. folgendes: Der Völkerbund ist sehr unvollkommen, sobald eine Großmacht wie Deutschland nicht dabei ist. Im letzten Jahr hat der Völkerbund den Fortschritt zu verzeichnen, daß die deutsche Regierung den Wunsch geäußert hat, dem Bund beizutreten. Ich hoffe, daß dieser deutsche Wunsch bald in Erfüllung gehen möge und daß alle Nationen Deutschland willkommen heißen werden. In meinem Bewußtsein steht der Völkerbund als der praktische Anfang einer neuen Nächstenliebe.

Das Geheimabkommen über Marokko.

Paris, 11. Dezember. Der römische Berichterstatter des Neuyork Herald hält daran fest, daß Chamberlain mit Frankreich und Italien ein Geheimabkommen in der Marokkofrage getroffen habe. Der Wortlaut des Abkommens werde voraussichtlich erst veröffentlicht werden, nachdem der britische Außenminister es seiner Regierung unterbreitet habe.

SLUB Wir führen Wissen.

Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF